



Sterbebett trübes Festhalten am katholischen Glauben geschworen, sagt das Lesebuch:

„Er hoffte immer noch auf eine Ausöhnung der streitenden Parteien durch eine allgemeine Kirchenversammlung. Als Joachim Hoffmann sich nicht erfüllte, gab er der dringenden Bitte seiner Mutter nach, und am 1. November 1839 empfing er in der Nikolaikirche in Spandau aus den Händen des Bischofs Mathias von Jagow das heilige Abendmahl in beiderlei Gestalt. In Spandau steht das Standbild des frommen (!) Kurfürsten, dem wir die Einführung der Reformation verdanken.“

In so unverfrorener Weise werden einem wortbrüchigen Lüderjahn für eine Handlung sittliche Motive unterlegt, wo treibende Kraft einzig und allein die Gier nach den katholischen Kirchengütern war, neue Mittel für sein Lotterleben freizubekommen. Eine störrische Probe jartbesserten Seelenlebens eines Hohenzollern gibt uns der Brief eines Kammerdieners des „alten Fritz“. Im Lesebuch 207 heißt es:

„Sein Bindhand begleitet ihn. Es ist jetzt der vierte, den er hat; die drei andern liegen im Schloßgarten begraben. Den ersten hatten ihm einmal die Oesterreicher gefangen genommen. Sie schickten ihn aber unverletzt zurück, worüber der König Tränen gemeint haben soll.“

Nur es nicht „veredelnd“ auf das kindliche Gemüt wirken, dieses Bild eines so fetten Räter Tränen vergießenden Königs, der — nach seiner eigenen Schilderung — seine Soldaten mit dem Kräftestock in die Schlacht trieb? Tränen um die dynastischen und kapitalistischen Zwecke verkehrlicher Hingemordeten sucht man in diesem Vermittel für proletarische Kinder vergeblich.

Welch entsetzlicher Abgrund tut sich in diesem Lesebuch, herausgegeben zwei Jahre nach der Revolution, vor uns auf! Aber auch welche furchtbare Anklage gegen uns selbst vorläßt daraus. Wir haben als Proletarier alles getan, uns zu zerfleischen, unsere Front zu zerreißen. Dadurch haben wir den Römlingen und Wittenbergern die Arbeit leicht gemacht. Unsere beste, unsere sicherste, unsere für die kapitalistische Gesellschaft tödlichste Waffe haben wir in unseren Kindern wiederum dem ähnelnden Gifte patriotischer und kirchenreligiöser Verblendung preisgegeben. Denn wie ein roter Faden zieht sich dieses Gift durch den ganzen Stoff. Neben der Symmen auf das „edle“ Handwerk des Menschenmordes, das Lob auf die „legenstreich“ Tätigkeit der Kirche. Fröhlich mit chauvinistischen Basillen gemischt, vereinen sich beide im Kapitel über Deutschlands Kolonialzeit. Hier wird dem unschuldigen Kinde die Ausbeutung unserer „Feinde“ suggeriert, indem man ihm erzählt, die einstmalig Deutschland gehörigen Sandwüsten in Afrika seien den auswandernden Deutschen eine zweite Heimat geworden.

So also, Herr Kultusminister, und Ihr, Proletariestern, steht eines der wichtigsten Vermittel aus, das im Jahre 1920 eine Neuauflage erlebt hat! Eine ganze Reihe sozialistisch geleiteter Gemeinden hat die Freiheit der Lehr- und Vermittel beschlossen. Durch die Beschaffung solcher geistverwärtender Stoffe, wie ihn das Brandenburgische Lesebuch bietet, wird die gute Wacht in ihr Gegenteil verkehrt. Dazu der Preis. Ein Buch für die Oberstufe kostet 22 M. (Nebendat: ein Religionsbuch ungefähr der gleichen Stärke kostet nur 4,50 M.) Und wieweil Eltern hungern sich das Geld buchstäblich ab, um ihren Kindern solche Giftbehälter kaufen zu können. Denn leider geht ihnen in den allermeisten Fällen das Verständnis für die ungeheueren Gefahr ab; zu tief bedeckt sie selbst in dem traditionellen Glauben, wie die Schule es macht, so sei es schon recht.

Und die Lehrer? Du lieber Himmel! Wohl hat der von Proletariatskämpfen herbeigeführte Zusammenbruch des alten Regimes ihnen die Möglichkeit freierer Betätigung gebracht, ihnen Eintritt in die bis dahin verschlossenen gelehrenden Körperkassen verschafft. Aber nur von einem leider noch sehr kleinen Teil wird Pionierarbeit im fortschrittlichen Geiste geleistet. Jene noch dünner gesäte Schaar mutiger Pädagogen (leider gehört im republikanischen Deutschland noch Mut dazu), die im Sinne der sozialistischen Weltanschauung zu wirken bestrebt sind, können es meist nur gegen den kleinlichsten und gefährlichsten Widerstand ihrer Kollegen. Bei diesen steht das rein materielle Interesse selber fast ausschließlich im Brennpunkt des Handelns. Ihre eigene Erziehung, die Erziehung des Klassenstaates, hat ihnen das Klugrat eigenen Wollens gebrochen. Das Gefühl ist ihnen erdichtet für die auch heute noch entwürdigende Rolle, die der Volksschullehrer spielt, wenn er gegenüber der reaktionären sogenannten Aufsichtsbehörde in Demut erkräftigt, sich aber von manchem nur in Ministerialverordnungen denkender Schulleiter als Werkzeug gegen seine proletarischen Befreier mißbrauchen läßt.

Ist aber von solchen Pädagogen kein Sturm gegen Vermittel geschickter Art zu erwarten, so muß endlich die Partei aus ihrer Passivität heraus, muß die Eltern zur Selbsthilfe aufrufen. Ganz selbstverständlich haben unsere Genossen in den Gemeinden unter allen Umständen die Anschaffung solcher Stoffe aus Gemeindegeldern zu verhindern. Die Zeit papierener Resolutionen ist endgültig vorüber. Die Schule ist nach wie vor unbestrittenes Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie. Entweder wir resignieren und lassen Geist und Seele unserer Kinder mit demselben Gifte füllen, das uns zu Sklaven gemacht, oder wir nehmen den Kampf mit aller Energie auf. Die Furcht, ein paar vermoderte bürgerliche Gesetzsparagraphen zu verletzen, wenn sie die Anschaffung gegenrevolutionärer Vermittel für ihre Kinder verweigern, darf die Proletariestern von dieser wahrhaft revolutionären Tat nicht abhalten. Diesen Mut muß jeder Vater, jede Mutter aufbringen. Von unseren sachverständigen Genossen aber fordern wir nicht ein neues theoretisches Programm, sondern Anleitung zur Tat. Wenn wir von den proletarischen Eltern verlangen, den Ankauf von Büchern abzulehnen, mittels deren durch ihre Kinder das bürgerliche übersteuerte Freiheit wieder erschlagen werden soll, müssen wir auch sagen können, welche Hülsen aus verborgenen Winkeln geradezu danach schreien, unseren Kindern zuzufüllen. Proletarier, erreicht Eure Kinder der kapitalistischen Verblödungsarbeit und Ihr habt Euerm Todfeind den tödlichsten Streich verlegt.

Wahlergebnis in Serbien. Die Wahlen in Serbien gingen in großer Ruhe vor sich. Das Ergebnis der Wahlen ist: Radikale Partei 4303, Demokraten 3185, Kommunisten 4050, Kriegsteilnehmer 1701, Handwerker 318 und Republikaner 52 Stimmen. Unter den Gewählten befinden sich der Führer der Radikalen Partei Balistich, der Führer der Demokraten Radonitsch und der Führer der Kommunisten Markonitsch.

## Befugungszulagen der Beamten

### Militärfragen — Spiegelwesen

Der Hauptausfluß des Reichstages beschäftigte sich heute zunächst mit einem Gesetz, nach welchem die von den Ländern und Gemeinden den Beamten in den besetzten Gebieten gezahlten Wirtschaftsbekanntnisse teilweise vom Reich erstattet werden sollen. Die Regierung wollte nur ein Fünftel auf die Reichskasse übernehmen, vier Fünftel aber den Ländern und Gemeinden überlassen. In diesem Streit, bei dem es sich um die für die Steuerzahler gleichgültige Frage handelt, ob die Befugungszulagen aus der Tasche des Reiches oder der Länder genommen werden sollen, einigten sich alle Parteien dahin, daß die Fünftel vom Reich übernommen werden sollen. Finanzminister Birsch erhob gegen eine solche Regelung Einspruch. Dadurch würde allen weiteren Bewilligungen Tür und Tor geöffnet, es würde für Länder und Gemeinden bei den Ausgaben kein Fünftel mehr geben. Er könne nur für die Uebernahme eines Drittels die Verantwortung übernehmen. Trotzdem beschloß der Ausschuss einstimmig, vier Fünftel der Reichskasse aufzuerlegen.

Beim Militäratet beantragte der Berichterstatter Stücken, 35 Millionen für Verpflegung zu streichen, womit sich auffälligerweise der Vertreter des Reichswehrministeriums einverstanden erklärte. Auf das Sonderbare seines Verhaltens aufmerksam gemacht, erklärte General von Feldmann: Wir glauben, für innere Ursachen das Geld nötig zu haben, haben es aber nicht gebraucht. Wg. Sünden: Für den Fall einer Mobilmachung waren höhere Summen eingelegt, die keine Verwendung gefunden haben.

Beim Kapitel Heeresleitung trat Genosse Dr. Rosenfeld den Fall des Prof. Förster vor. Die oberste Heeresleitung hat Förster im Herbst 1918 durch einen Spion herauslassen lassen, der hinter dem Sofa versteckt, geflohen ist, doch Förster sagte: es müsse Deutschland noch viel schlechter gehen, damit es endlich seine Schuld bekenne. Diese angebliche Feststellung eines Spions die die „München-Anzeiger“ überbrachten, fürstlich gebracht und eine Bezeichnung Försters mit der Erklärung beantwortet, daß die Veröffentlichung milderer Materialen von der Rolle abhängt, die Prof. Förster noch zu spielen gedenke. Wie kommt die Zeitung zu dem Material? Was geschieht überhaupt mit den Spionagen, die der besetzte Oberleutnant Nikolai während des Krieges angelegt hat? Wird die Regierung dafür sorgen, daß das Material nicht in die Hände von Feinden gerät, welche die Spionagen an die Deutschen bringen? Solchem groben Unfug muß endlich ein Ende gemacht werden!

Reichswehrminister Gehler: Wir haben alle das größte Interesse, dem Mißbrauch von amtlichen Aktenstücken entgegenzutreten. Die Akten der obersten Heeresleitung befinden sich jetzt bei den Bewirtschaftungsmitteln. Ich würde jeden Mißbrauch von Akten meiner Verwaltung strengstens bestrafen.

Abg. Dr. Rosenfeld: Die Botschaft hör ich wohl... Das Verhalten des Reichswehrministers ist dem Kampfbuch nicht abzu erkennen, daß im Reichswehrministerium wohl Strafen, insbesondere gegen die Kapitäne, angedroht, aber nicht verhängt werden. Solche Bestrafung weiß Herr v. Seeckt schon zu verhängen.

Der Reichswehrminister: Wo glaubhafte Mißstände nachgewiesen werden, habe ich untersucht und bestraft. Zeitungsnachrichten können mich nur veranlassen, Untersuchungen vorzunehmen, aber ich habe keinen Grund, das Ergebnis der Untersuchungen zu veröffentlichen. Dr. Rosenfeld: Wenn Mißstände in der Heeresverwaltung öffentlich in den Zeitungen gerügt werden, hat das deutsche Volk einen Anspruch darauf, das Ergebnis der Untersuchungen zu erfahren.

## Malzahn, Strefemann & Co.

Ein heftiger kommunistisch-reaktionärer Spektakel hat sich gestern im Reichstag bei der Abstimmung über die zur Streik-Interpellation gestellten Resolutionen abgespielt. Die von den Rechtsradikalen beantragte Aufhebung der Ebert-Verordnung, ein Antrag, der mit einer Billigung dieser Verordnung verbunden war, hatte das Haus gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Dann erging um den kommunistischen Antrag Malzahn und Genossen auf heftigste Aufhebung jener Verordnung. Hierzu hatten die Schiffer, Strefemann und Buzlage nebst Fraktionen als Zusatz beantragt, die Aufhebung vorzunehmen „sobald ein — schnellst zu erlassendes — Gesetz über die Einführung eines Schlichtungsverfahrens mit verbindlicher Kraft für lebenswichtige Betriebe erlassen ist.“ Diese Ergänzung des kommunistischen Antrags erhielt die Zustimmung der bürgerlichen Mehrheit des Reichstages. Vor der Abstimmung über den so geänderten Antrag Malzahn gegen die Antragsteller den Antrag zurück, der aber schnellst von der rechten Seite wieder aufgenommen und danach durch Zustimmung mit 174 bürgerlichen Stimmen gegen 143 Stimmen der Linken zum Beschluß erhoben wurde. Die Kommunisten mußten also gegen ihren eigenen Antrag stimmen. Trotzdem konnte der Präsident unter großer Heiterkeit des Hauses die Annahme des Antrages Malzahn, Schiffer, Strefemann feststellen, was die Kommunisten mit sauer-süßer Miene über sich ergehen lassen mußten.

## Was tat Kahr in Berlin?

Die Genossen Dr. Rosenfeld, Unterleitner und Seidel haben im Reichstag folgende kleine Anfrage eingereicht:

„Zeitungsberichte zufolge hat der bayerische Ministerpräsident von Kahr kürzlich in Berlin mit dem englischen Botschafter, mit dem Chef der französischen Militärmission General Rollet und mit der Reichsregierung über die bayerische Einwohnerwehr verhandelt. Welche Auffassung vertritt Herr von Kahr in Bezug auf die bayerischen Einwohnerwehr?“

Welche Auffassung vertritt die Reichsregierung? Welches war das Ergebnis der Besprechung des Herrn von Kahr: 1. mit dem englischen Botschafter? 2. mit dem Chef der französischen Militärmission? 3. mit der Reichsregierung?“

## Ein Streich der bayerischen Reaktion

### Verhaftung eines neukommunistischen Reichstagsabgeordneten.

Nach einer Meldung der Blätter in München wurde dort Dienstadt stück der neukommunistische Reichstagsabgeordnete Hermann Kemmels aus seinem Bett im Hotel heraus verschleppt, weil er Montagabend in einer öffentlichen Versammlung zum Klassenkampf aufgereizt haben soll. Er habe, so wird mitgeteilt, angefangen, daß die Erziehung diesmal von Süddeutschland ausgehen werde. Die reaktionären Truppen Norddeutschlands seien nicht zu fürchten, da die norddeutschen Arbeiter schon dafür sorgen würden, daß sie nicht nach Süddeutschland kämen. Die nötigen Waffen würden die liefern müssen, die heute bewaffnet seien.

Selbst wenn die Münchener Polizei sich darauf berufen sollte, daß die Verhaftung des Reichstagsabgeordneten Kemmels nach dem Buchstaben der Verfassung „bei Ausübung der Tat oder spätestens im Laufe des folgenden Tages“ erfolgt sei, so ist der Reichstag verpflichtet, sofort eine Nachprüfung des Grundes für

die Verhaftung vorzunehmen und die schnellste Entlassung Kemmels zu veranlassen. Wahrscheinlich stützt sich die Polizei auf den Bericht eines Spions oder eines untergeordneten Polizeibeamten und man hat genügend Erfahrung darin, wie Leute von dieser Art die Reden mißliebiger Personen anzuhören verstehen. Dieser Fall zeigt aber mit aller Deutlichkeit, wie höher sich die Reaktion in Bayern fühlt, daß sie sich sogar an einem Reichstagsabgeordneten zu vergreifen wagt und als Grundlage für ihr Vorgehen die „Aufreizung zum Klassenkampf“ nimmt, also auf die verhaßten Lädenbüter der schlimmsten sozialistenfeindlichen Zeiten zurückgreift!

## Ebert von Gottes Gnaden

Die deutsche Republik steht uns nichts mehr hinter der Monarchie zurück. Sie wird jetzt sogar vom lieben Gott als die allein richtige Regierungsform für das deutsche Volk anerkannt. Und das kam so: Der „Klabberbasil“ hatte behauptet, der Zentrum-Abgeordnete Dr. Marx habe in einer Versammlung zu Stimmern gesagt, der Reichspräsident sei die von Gott eingesetzte Obrigkeit und alle Christen hätten die Pflicht, sie als solche zu achten und ihr zu gehorchen. Herr Dr. Marx hat nunmehr einem Mitarbeiter der „Deutschen Zeitung“ genau mitgeteilt, was er in Stimmern gesagt habe. Räumlich folgendes:

„Die letzte Reaktion ist auf Grund der von der Nationalversammlung beschlossenen Verfassung gebildet, also zweifellos die rechtmäßige, legale Regierung des Deutschen Reiches. Damit ist sie für Christen die von Gott eingesetzte Obrigkeit, also richtig verstanden: „von Gottes Gnaden“, mag sie sich dessen bewußt sein oder nicht. Wir sind ihr deshalb auch vor unserem Gewissen Gehorham schuldig!“

Damit ist also Herr Ebert genau so wie Wilhelm II. „von Gottes Gnaden“. Das Zentrum, das die besten Beziehungen zum lieben Gott unterhält, erkennt ihn als Obrigkeit an und der „Vorwärts“ belehrt die Pastoren von der anderen kirchlichen Fakultät, daß sie kein Recht mehr hätten, von der Kanzel gegen die Republik zu behen. Wir wollen uns in diese Sache nicht einmischen, sondern lediglich feststellen, daß Herr Ebert vielleicht das Vertrauen des lieben Gottes, nicht aber das der wertvollsten Bevölkerung besitzt.

## Die Folgen der Verhezung

### Ein unabhängiger Stadtverordneter von einem Vertrauensmann der Kommunisten erstochen

In Buer i. N. wurde unser Genosse Rothmann, Stadtverordneter in Buer, auf dem Rathaushaus von dem Vertrauensmann der K. P. D. Kogalla, aus politischer Feindschaft erstochen. Genosse Rothmann hinterläßt eine trauernde Frau und fünf unmündige Kinder. Genosse K. kam von einer Sitzung, auf dem Rathaushauswege lauerte man ihn auf und fiel über ihn her. Auf seine Hilferufe eilten Passanten herbei. Die Tat war aber schon geschehen. Der Täter ist verhaftet.

Bezeichnenderweise schweig die neukommunistische Zeitung in Essen, zu deren Verbreitungsbezirk Buer gehört, diese Bluttat fast. An verkehrter Stelle schreibt dieses Blatt unter „Buer“: In Buer wurde der Arbeiter K. „in der Trunkenheit“ erstochen. Es kennzeichnet dieses Organ, erst verhöhnt es die Arbeiter und stellt die Führer unserer Partei als Verbreiter hin, die an die Wände müssen, und wenn solche Hehe solche Bluttaten zeitigt, schweigt man sie tot oder lügt sie ins Gegenteil um.

## Die Rigaer Verhandlungen

### Rußland wünscht aufrichtig den Frieden (Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.)

Riga, 30. November.

Den neuerdings von polnischer Seite ausgestreuten Behauptungen, daß die russische Friedensdelegation den Abschluß der Verhandlungen absichtlich hinauszögere, tritt Joffe in einer an den Vorsitzenden der polnischen Friedensdelegation gerichteten Note entgegen, die in einer Reihe von sachlichen Feststellungen den Vorwurf der beabsichtigten Verschleppung auf die polnische Delegation selber zurückführt. Joffe erinnert daran, daß nach Unterzeichnung des Bartriedens Dombolsky zugab, am 4. November in Riga zur Aufnahme der endgültigen Friedensverhandlungen einzutreffen. Joffe und andere Mitglieder der Delegation eilten sich darauf nach Riga zu begeben, aber Dombolsky kam erst am 14. Der von russisch-ukrainischer Seite gemachte Vorschlag, zur Beschleunigung der Verhandlungen die Kommissionen täglich beraten zu lassen, wurde von polnischer Seite abgelehnt. Sehr vorzüglicher wirtse ferner die Abwesenheit von Sachverständigen auf polnischer Seite, woran beispielsweise die von russisch-ukrainischer Seite beantragte Einsetzung einer Eisenbahnkommission scheiterte.

Erst jetzt läßt die polnische Delegation die hierfür nötigen Sachverständigen aus Warschau kommen. Die Note Joffes schließt folgenhermaßen: „Rußland und Ukraine würden die Krieg zu führen haben, wenn er ihnen nicht auferzwungen worden wäre, und sie werden auch in Zukunft nur dann zu den Waffen greifen, falls man unumgängliche Forderungen an sie richtet. Die friedliebenden Sowjet-Republiken haben bewiesen, daß sie sich seit auf den Boden der Friedensverträge und Abkommen stellen. An der Herausgabe der Verhandlungen ist ihnen nichts gelegen. Wenn die Arbeit der Kommission so langsam voranschreitet, so ist Polen dafür haftbar zu machen, da es die Ausführung des Waffenstillstandsvertrages verhindert und beispielsweise in finanzieller und wirtschaftlicher Fragen Bedingungen stellt, die über die im Vorhinein russischerseits gemachten Zugeständnisse weit hinausgehen.“

## Die Pariser Sozialisten und die Internationale

Die „Frankfurter Zig.“ meldet aus Genf: Der Verband der sozialistischen Parteien von Paris und Umgegend hat gestern seine Delegierten für den Ende Dezember in Tours stattfindenden Parteitag gewählt, der über den Anschluß an die Moskauer Internationale zu entscheiden haben wird. Es fanden sich drei Gruppen gegenüber. Die Linken unter Führung Cahn beantragten den Anschluß an die Moskauer dritte Internationale, das Zentrum unter Führung Langoustes schlägt Verhandlungen mit Moskau vor zum Zweck des Aufbaues einer neuen Internationalen, und die Rechten unter Führung Renaudels empfehlen die Wiederherstellung der Einheit der sozialistischen Parteien. Bei der Abstimmung entfielen auf den Antrag Cahn 348 Mandatstimmen, auf den Antrag Langoustes 214 und auf den Antrag Renaudels 1061 Stimmen.

Stauß-palnischer Massenstreik. Der Massenstreik in Warschau ist am 27. November in Kowno unterzeichnet worden. Dem werden die Heubefreiungen zwischen dem Stauß-palnischen Armees und der Armee des Generals Jędrzejowski am 30. November eingeleitet.

# Wie Stinnes seine Millionen erwarb

## Eine Anklage gegen den Kapitalismus

Nach der Erledigung von kleinen Anfragen und der Vor- nahme der Abstimmung über die Anträge zur Streikinter- pellation — wir berichten darüber an anderer Stelle — wurde gestern im Reichstag die Beratung des Wirtschafts- Etats fortgesetzt. Nach einer Rede des Volksparteilers Dr. Hugo, des bekannten Beschüßers der Lederindustrie, die ebenso wie die spätere Rede des Demokraten Reinath in ihrem Kern eine scharfe Kampfanzeige an die Sozialisierung und die Kommunalisierung enthielt, kam Genosse Jaekel zu Wort.

Anfangs war der Sitzungsaal schwach besetzt. Als aber Jaekel die Entstehung eines neuen Unternehmertypus zu schil- dern begann, der die Regierung beherrscht und den größten Einfluß auf den Staat und die Wirtschaft in die Hände weni- ger Personen legt, füllten sich auch die Ränge der bürgerlichen Parteien. Und als Jaekel anschließend daran den Entwid- lungsgang des führenden Mannes dieser Gruppe von Kapita- lismagnaten, von Hugo Stinnes, zu schildern begann, wurde selbst dieser von seinen Freunden in den Sitzungsaal hineingeholt. Schwegel hörte er die, zwar nicht gegen ihn persönlich, wohl aber gegen die ihn emporgetragene topi- kalistische Wirtschaftsordnung gerichtete Anklage an, die Ver- teilung seinen mehr oder minder geschickten jungen Leuten überlassend.

Was in der bisherigen Debatte zu kurz gekommen war, solle Jaekel gründlich nach. Wie der Marxs Logik, die nur die Kennzeichen des Marxismus veranschaulicht, er ein zu- treffendes Bild von den inneren Bewegungsgesetzen des Kapita- lismus und der heutigen Wirtschaftsanarchie, um zugleich die Forderungen scharf herauszuarbeiten, für die das Proletariat gegenwärtig kämpft. So war seine Rede ein Zeichen für die herrliche Kraft, die trotz alledem dem sozialistischen Gedanken innewohnt und die er auch in solchen Zeiten behält, in denen minder Einsichtsvolle den Glauben an ihn zu ver- loren drohen.

## Der Sitzungsbericht

Die Aussprache über den Etat des Reichswirtschaftsministeriums wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Hugo (D. P.): In der Sozialisierungsfrage unterliegen wir der Haltung der Regierung, denn wir sind gegen jede Ueberhebung dieser so unendlich wichtigen und folgen- reicher Angelegenheiten. Darum bitten wir uns auch nicht übermaßen zu furchen, wenn die Sozialdemokraten dadurch zurück zu werden. (Un- ruhigheit links.) Die Forderung auf Kommunalisierung des Lebens- mittelhandels lehnen wir wiederum ab, denn sie ist nur eine Ver- teilung. (Zuruf hoch.) (Seit.) Mit Sie eine Postfrage! Bei dem Mangel an Verantwortlichkeitsbewußtsein, wie er sich im Reichstag zeigt, würde der ständige Be- stand der Lebensmittelversorgung ungeheure Gefahren bedeuten. (Sehr richtig! rechts, Widerspruch links.)

### Abg. Jaekel:

Von Optimismus in der Auffassung unserer Wirtschaftsentwick- lung war in der Rede des Herrn Reichswirtschaftsministers keine Rede zu finden. Er sagte Gras in Bran. Die kapitalistische Wirtschaft zeigt tatsächlich alle Merkmale der Vermehrung und zunehmenden Zerfalls. (Sehr richtig! bei der U. S. P.) Zu- nehmender Zerfall, obwohl die Partei des Wiederaufbaus ihren prominentesten Fachmann an die Spitze des Wirtschaftsministe- riums gestellt hat. Alle ihre Maßnahmen waren verfehlt und un- wirksam. Wohl ist es eine inhaltlosere Rede von einem Kabinettsmitglied gehalten worden. Er sagte: die Regie- rung erwägt, die Regierung verleiht Gedanken, andere Gedanken erwägt die Regierung nicht, er sprach von Zus- und Einfuhr- zöllen, von Kaufkraftgaben, von Barausgaben, von Unter- stützung der Forschungsinstitute, von Statistik, von Kommunalisierung, Zentralisierung, Wirtschaftlichkeit und allem möglichen. Das sind alles sehr notwendige Dinge, aber das sind keine neuen Wege. Der Textilarbeiterverband hat festgestellt, daß

in ganz kurzer Zeit circa 10 000 brauchbare Maschinen abgebaut und ins Ausland abgeführt worden sind. (Hört! hört! bei der U. S. P.)

Seine Grundzüge hat die Partei des Wiederaufbaus nicht, womit sie vergraben die Wirtschaft in die Höhe zu schenken. Der Wi- rtschaft verstande lediglich die Grundzüge und Wege des Herrn Stinnes. Die deutschen Bergarbeiter haben ihre Pflicht in höch- stem Maße erfüllt und verdienen den Dank des Vaterlandes, er- hat die Minister. Das war das einzig wirklich Positive, was Herr Reichswirtschaftsminister zu melden wollte. Gleich er- wähnt er von anderen Gewerkschaften aber hatte er nicht zu sagen.

Die Behauptung, daß Frankreich in Kohlen im Optimum, die mit der Frage begründet wird, daß in Paris sehr viele Kohlen in den Gasanstalten lagern, ist unrichtig. Wenn in Paris viele Kohlen lagern, kann im übrigen Frankreich gar kein Kohlennot vorhanden sein, wie auch in Deutschland während des Krieges in verschiedenen Reichslagern große Mengen Textilien lagen, trotz der Stoff- und Strümpfennot in Deutschland. Die französischen Gewerkschaftsführer befanden in dem Bericht an den Internationalen Gewerkschaftskongress ausdrücklich das Gegenteil von dem, was Minister ansetzte Behauptungen.

Wir haben die Pflicht zur Wahrheit auch dem Ausland gegenüber. (Sehr richtig! bei der U. S. P.) Wir müssen den im Krieg im Ausland verstärkten Glauben an die deutsche Wirtschaftlichkeit wieder- stellen.

Wir stehen vor der Tatsache der zunehmenden Geldentwertung und der steigenden Forderung der Verleigerung unserer Staats- wirtschaft und des Sinkens unseres Kreditwesens. Wir sehen den Niedergang der Zentralbank unserer Landwirtschaft und den in ra- schem Tempo sich vollziehenden Uebergang von der intensiven zur extensiven Wirtschaft. Industrieprodukte werden hergestellt, deren Verkauf nicht aus wirtschaftlichen Bedarfsgründen, sondern aus kapitalistischen Profitinteressen heraus erfolgt. Betriebe werden stillgelegt. Gewisse Kreise der bestehenden Klassen kooperieren mit den sogenannten feindlichen Ausland. Das Verhalten des Herrn Stinnes in Frankreich und der oberflächlichen Beramerksbisher gegenüber Polen ist Beweis dafür. Die richtige Beschreibung von Kapital und Vermögen in das Ausland, das Millionenhaufen der Arbeiterlosen, leute Leute, die ganz arbeiten möchten, aber keine Arbeit finden, kennzeichnet unsere Lage. Und da fordert der Herr Reichswirtschaftsminister das Arbeitdienstverbot. Er fordert von derselben Zeit, in der die Zahl der Arbeitslosen von man- chen Kommunalen auf 3 Millionen geschätzt wird. (Hört, hört! bei der U. S. P.)

Die Arbeiter werden in der allerentschiedensten Weise gegen dieses Arbeitdienstverbotgesetz Stellung nehmen. (Sehr richtig! bei der U. S. P.) Die Begründung der Forderung des Arbeitdienstverbotgesetzes kennzeichnet die tiefe Kluft in der Deut- schen Partei von den bürgerlichen Parteien und den prole- tariatsfeindlichen Parteien. Die deutsche Partei wird durch nichts mehr geeinigt als durch den Geist des Militarismus. (Sehr richtig! bei der U. S. P.)

## Der Würgengel der Lungentuberkulose schreitet durch die deutschen Gänge.

Ein dreieckiges Millionen langenschnüblüchiger Menschen sind vor- handen, Menschen, die mit dem Leben abgeschlossen haben, Men- schen, die als Opfer einer sinnlosen Verwüstung im Kriege und der daraus resultierenden Unterernährung zu be- trachten sind. (Sehr richtig! bei der U. S. P.) Zur Beseitigung dieses Manos unserer Wirtschaftskraft fordern wir die von den Ärzten verlangte Kulturmilliarde. Die bestehenden Klassen bring- en wohl eine Milliarde auf, um den Konsum des Selbes von 600 000 Menschen im Frieden auf eine Million zu frigern, aber keine Milliarde für die leidenden Volksgenossen.

Nach diesem gemäßigten Kriege, der die Wirtschaft außer Rand und Band gebracht hat, müssen Wege gegangenen werden, die in der Richtung zum Sozialismus liegen. Wir sehen dem

Massensterben unserer Kinder gegenüber. Von 600 in einer Schule in Berlin unterrichteten Schülern waren 150 tuberkulös erkrankt. (Hört! hört! bei der U. S. P.) Kinder sterben zu Tausenden und Kinder leben zu Hun- derttausenden, die niemals lächeln, die um das goldene Glück einer frohen Kindheit betrogen sind. Das sind die Folgen einer kapita- listischen Wirtschaft und ihres Strebens, diese Wirtschaft wieder- aufzurichten auf dem Rücken der Arbeiter. Sie beseitigen die Schranken der Zwangswirtschaft und zahlen damit den Armen der Armen die Möglichkeit, sich von Zeit zu Zeit ein Gl. ein Stück Fleisch um zu kaufen. Das Wirken der Partei des Wiederaufbaus zeitigte das beschleunigte Schwinden der Arbeits- kraft unseres Volkes.

Es wird fortgesetzt, das ist das Regierungsprinzip auf dem Gebiete der Wirtschaft. (Ermöglicht Zustimmung bei der U. S. P.)

Wir leben an den Folgen eines verlorenen, von den normaligen Machthabern strotz propagierten und ebenso strotz verlängerten

## Betriebsobleute, Betriebsräte, Betriebsobleute und Funk- tionäre sämtlicher Branchen des Deutschen Transportarbeiter- verbandes und der graphischen Industrie.

Am Mittwoch, den 1. Dezember, abends 7 Uhr, findet im Hofensaal der Musikergasse, Kaiser-Wilhelm-Strasse 81, eine Funktionärerversammlung des

### Deutschen Transportarbeiterverbandes

und Freitag, den 3. Dezember, abends 6 Uhr, im Saal 5 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15, eine Versammlung der auf dem Boden der U. S. P. D. (Crispian-Lebehour) stehenden Funktionäre der Buchdrucker, Buchbinder, Schrift- zücker, Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, Steinbrücker und Lithographen statt. Tagesordnung:

### „Die Notwendigkeit politischer und wirtschaftlicher Organisationen.“

Referenten sind die Genossen Kypfel-Leipzig und Ludwig Hagen. Eintritt nur gegen Vorzeigung des Partei- und Gewerkschaftsbuches sowie des Funktionär- ausweises.

### Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Die Geschäftsleitung: J. A. Friß Schneider.

Krieges. (Lebhafte Zustimmung bei der U. S. P.) In der deut- schen Baumwollindustrie läßt sich bemerken, daß ein Krisenende im Jahre 1916 diese Industrie ohne wesentliche Schädigungen aus dem Krieg herausgebracht hätte. Die Hessefische und die Bethmänner, die Hindenburg und die Ludendorff sind die Urheber des Un- glücks der deutschen Wirtschaft. (Lebhafte Zustimmung bei der U. S. P.) Sie wollen die Kapitalistenherrschaft restlos wieder aus- räumen. Das Heil des Volkes ist für Sie identisch mit dem Heil der Kapitalistenklasse. ... und das Heil der Kapitalistenklasse messen Sie an dem Umfang der Reichthumsanhäufung, der Re- chnerstellung, der Kapitalakkumulation. Die Behauptung, die Verfürgung der Arbeiterzeit beizuge die quantitative Arbeits- leistung, läßt sich auf eine mehr als hundertjährige industrielle Erziehung. Ohne den Arbeitsstand wäre die physische Degen- eration des arbeitenden Volkes noch viel weiter voranschritten, und aus physischer Degeneration wäre die moralische vielleicht noch hinzugekommen.

Die Arbeiter widersehen sich jeder Beseitigung oder Einschränkung des Arbeitstages.

Wir fordern zum Zweck der Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt die Einführung und Erhebung durchlaufender Ver- zins- und Vermögenssteuern, um auch auf diesem Wege der Ver- schlechterung der Valuta entgegenzuwirken. Die Auffassung des Reichswirtschaftsministers, daß die Regierung nicht in der Lage sei, irgendwas auch in bezug auf die Gestaltung der Valuta zu tun, widerspricht dem, was der Vizepräsident der Reichsbank nach seiner Rückkehr aus der Finanzkonferenz in Brüssel öffentlich verkündet hat. Dividendenentzug ist nicht immer identisch mit dem Reingewinn eines Unternehmens. Die Unternehmer verstehen es stets, den Dividendenentzugesehen ein Schnippchen zu schlagen. (Sehr richtig! bei der U. S. P.) Deshalb muß die Art festgelegt werden an die Wurzel des kapitalistischen Systems, es muß weiter durch Eingziehung der direkten Steuern, Einkommen-, Ver- mögenssteuern usw. dafür gesorgt werden, daß der Staatshaushalt ins Gleichgewicht kommt und Tilgungsquoten zum Zweck der Amortisation unserer Reichsschuld eingestellt werden. Selbst- verständlich ist Arbeit in letzter Linie das Entscheidende (Sehr richtig! bei der U. S. P.), aber

Arbeit, deren Früchte nicht einigen Wenigen zugute kommen, sondern Arbeit, deren Früchte der Volksgemeinschaft nützen. (Sehr richtig! bei der U. S. P.) Die gewaltige Leistungssteigerung und Anbahnung, welche die kapitalistische Periode gebracht hat, resultiert nicht aus der Privatwirtschaft, sondern daraus, daß der Produktionsprozeß innerhalb der Fabrik vergesellschaftet worden ist. (Sehr richtig! bei der U. S. P.) Die Teilung der Arbeit in der Fabrik, die Spezialisierung der Arbeit, die Konzentration großer Menschenmassen in einem Betrieb, das Zusammen- arbeiten tausend Räder und Rädchen und vieler Kategorien von Menschen in planmäßiger Ordnung zu einem bestimmten Zweck, bewirkte erst die Fruchtbarkeit und Steigerung der Gütererzeugung in der kapitalistischen Welt. In der kapitalistischen Welt gibt es nur Chaos, die Anarchie, das Lohmwahnsinn, der rücksichtslose Kampf aller gegen alle, das Niedertreten der mittleren Schichten, der kleinen Leute und die Proletarisierung jener Klassen. (Sehr richtig! bei der U. S. P.) Darin liegt der unzerstörbare Glaube der Arbeiterklasse an den endgültigen Sieg der sozialistischen Idee

begründet, daß immer neue Menschen in immer größerer Zahl zu Proletariats gemacht werden, und diese Menschen sich der Zeit er- innern, in der sie selbst oder ihre Väter oder Großväter einmal eine eigene Werkstatt besessen haben. Diese Menschen müssen sozia- listisch sein. Eine Umwälzung in der Zusammensetzung der Kapitalistenklasse hat stattgefunden. Gauner und Schieber großer Stills machen sich breit. Neben diesen haben sich neue Kapitalistengruppen heraus- gebildet, die an amerikanischen Dimensionen erinnern. Mittlere Baumwollwebereien werden aufgekauft durch millionen- reiches Konzern. Die Reduktoren, welche nach eigene Arbeit in ihrem Betrieb haben, und die arabieren, diesen Betrieb ihren Kindern hinterlassen zu können, auszuwandern und werden ausgebeutet aber sonst was. (Hört! hört! bei der U. S. P.) Zum

berie von Warenwerten wurden aufgekauft von Textilindustriellen. (Hört! hört! bei der U. S. P.) Aber was sind diese Textilindus- triellen für Stämper gegenüber der gewaltigen kapitalistischen Kraft, welche

Milliardären vom Schlege des Herrn Hugo Stinnes innewohnt. Dieser Mann beherrscht heute die Schlüsselindustrien des Deutschen Reiches, in Verbindung mit einigen wenigen Kapita- listen. Der die Schlüsselindustrien der deutschen Wirtschaft in der Hand hat, der beherrscht die Regierung, der beherrscht den bürgerlichen Staat. (Sehr richtig! bei der U. S. P.) Herr Stinnes und eine kleine Handvoll von Leuten, die heute die eigent- lichen Herrscher in Deutschland. Herr Stinnes hat während des Krieges Milliarden verdient. Das Haus wurde 1890 oder 1892 mit einem Grundkapital von 50 000 Mark gebildet. (Hört, hört! bei der U. S. P.) Sein Vermögen wurde zu Beginn des Krieges auf 40 Millionen Goldmark geschätzt. Im Kriege wurden ihm die beliebigen Hüttenwerke zur Ausbeutung überwiejen. Der Mann hat Millionen dabei verdient. Diese Millionen hat er nun dazu verwendet, um seine wirtschaftliche und politische Macht über Deutschland auszubreiten. Er hat in einer wilden Hektik darauf losgekauft. 1916 kaufte er die Aktien der Deutsch-Ostafri- kanischen Linie und der Boemann-Linie auf, brachte sie also in seinen Besitz. 1917 veräußerte er die bedeutende, renommierte, alte Kohlenfirma Heitmann in Hamburg, mit allen ihren Damp- fern und Anlagen. 1918 kaufte er in Alenburg die Milchei- zerelei auf. (Hört, hört! bei der U. S. P.) In dem gleichen Jahre 1918 gründete er in Hamburg die Aktiengesellschaft Hugo Stinnes für Sechshundert und Ueberbedarfe. 11 Dampfer wer- den für Rechnung Stinnes in deutschen Werften zu gleicher Zeit auf Kiel gelegt. Er erwirbt in gleicher Zeit viele bedeutende Kohlenhandelsfirmen in Königsberg, Hamburg, Bremerhaven. In dem gleichen Jahre 1918 kaufte er in der sächsischen Oberlausitz sieben Rittergüter auf einmal auf (hört, hört! bei der U. S. P.), und daneben noch einige Bauerngüter. Im September 1918, unmittelbar vor dem Zusammenbruch, erwirbt er die Braun- schweigische Kurath und Prinzessin Viktoria in Gredewitz. Dann kam die Revolution. Hugo Stinnes ging nicht etwa an dem Revolution zugrunde, wie etwa Ballin in Ham- burg, der aus dem Leben schied. Hugo Stinnes war von diesem Kell. Er suchte Verbindung mit der demokratischen Partei. Als die Revolution wieder etwas verfliegen war, ging er zur Deutschen Volkspartei und finanzierte sie. Deshalb die amerikanische Klamme der Partei des Wiederaufbaus“ anlässlich der letzten Wahlen. Die proletarischen Parteien sind Stämper gegenüber der Millionärspartei, für welche Herr Stinnes die Millionen bei der Wahlkitation in Bewegung legt!

Herr Hugo Stinnes sucht gleichzeitig Rückhalt bei den Arbeitern, denn er hält es doch für nötig, dieser neuen aufsteigenden Kraft, diesem neuen Stern seinen Tribut zu zahlen. Er wird Mitbe- gründer der Arbeitsgemeinschaft.

Aber nun verwandeln sich die Kriegsgewinne bei ihm in Verlusten in Revolutionsgewinnen.

Er hat zunächst riesige Einnahmen aus den Entschädigungen, die er für seine im Ausland liquidieren Unternehmungen, für seine Schiffe usw. erhält. Da werden neue Millionen fließen, und man kauft er wieder restlos darauflos. Mehr als hundert Zeitungen mit großen Druckereien, jede einzelne ein Millionenobjekt, hat Herr Hugo Stinnes nach unüberwindlichen Mühen in seinen Besitz gebracht. (Zuruf rechts: Welche denn?) Die „Deutsche All- gemeine Zeitung“, das Blatt, das einst dem Fürsten Bismarck diente, das selbst der Revolutionsregierung gedient hat. Dazu Zeitungen in Süddeutschland, Zeitungen in Westdeutschland. (Zuruf rechts: Welche denn?) Die „Münchener Neuesten Nachrichten“, (Zuruf rechts: Die hat er gar nicht!) Ich brauche Ihnen doch nicht den Gefallen zu tun, jede einzelne Zeitung aufzuzählen. Selbstverständlich hat er nicht den „Dorfer Grenzboten“ gekauft. (Heiterkeit.) Er hat über hundert der bedeutendsten Zeitungen und Buchdruckereien gekauft. (Zuruf bei der U. S. P.: Der An- gellias ist dort!) Herr Hugo Stinnes ist ja dort, ganz rich- tig, er wird ja dann Gelegenheit haben, zu sagen, ob er kein Zeitungsbesitzer ist. Im übrigen können Sie sich ja auseinander- setzen mit dem Herrn Jilhart, dem bekannten Schriftsteller, der in der „Europäischen Staats- und Wirtschafts-Zeitung“ allmög- lich seine Berichte schreibt. Weller bringt Herr Stinnes zwei große offene Kasse Zellstofffabriken in seinen Be- sitz. Stinnes erwirbt auch in Berlin das Hotel Eplandade und in Charlottenburg mehrere große Häuser. Aber das ist nur das, was bisher bekannt geworden ist. Ich wage durchaus nicht zu be- haupten, daß diese Angaben erschöpfend sind. So wächst ein neuer Kapitalistentypus heran, geschaffen durch den Krieg und durch die Revolution. (Wiederholte Zurufe von der D. P. und Gegenrufe von der U. S. P. — Glocke des Präsidenten.)

Kabnet geht des Räthens auf die bekannten Sozialisierungs- pläne des Herrn Stinnes und seine Konzernbildung ein. Er be- zeichnet das Vorhaben des Herrn Stinnes angesichts der ver- änderten Psychologie der Arbeiter für unmöglich.

Millionen Arbeiter lassen sich nicht tributpflichtig machen von 10 bis 20 Leuten.

Wer das glaubt, gehört ins Karrenhaus. Die Wiederaufstellung der kapitalistischen Wirtschaft auf dieser Basis wird nicht gelingen. Wir bekämpfen die Pläne Stinnes und erbilden in der Namens- gebung eine Irreführung der deutschen Arbeiterklasse, eine beach- tliche und bewusste Täuschung. (Lebhafte Zustimmung bei der U. S. P.) Die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse verlangen Beherrschung der Produktionsmittel durch die Gesamtheit. Nicht die ganze Wirtschaft kann stöflich sozialisiert werden. Gewerbe- zweige mit zehntausenden von kleinen Mittelbetrieben sind für den Sozialismus nicht reif, da sind vorbereitende Maßnahmen nötig. Wir verlangen im Interesse unserer Wirtschaft Sozialie- rung der großen Schlüsselindustrien unserer Volkswirtschaft. Die Sozialisierung des Kohlenbergbaus ist die erste große Forderung, die wir erheben. Ihr folgt die Sozialisierung der Erzeugnisse- den Industrien. Die Beherrschung der Schlüsselindustrien ermög- licht Einwirkung auf die anderen Zweige der Volkswirtschaft. (Sehr richtig! bei der U. S. P.) Das kann nicht Herr Stinnes machen. Das kann das Proletariat der Hand- und der Kopf- arbeiter nur selbst machen. (Sehr richtig! bei der U. S. P.) Die Sozialisierung des Kohlenbergbaus muß von den Arbeitern er- folgt werden, nicht mit blutigen Terror, nicht mittels Ent- rechtung irgendwelcher Volksschichten. Es war das Vorrecht der bürgerlichen Klassen, Revolutionen mit Hinten und Speer und Kanonen niederzuschlagen. Die Revolution vollzieht sich in Form von Massenbewegungen. Die Arbeiterklasse wird wieder auf- steigen und die Kraft zum einseitigen Handeln erlangen. Das Proletariat muß liegen, weil nur es die Kraft hat, eine sozialisti- sche Basis zu schaffen. Redner schließt mit dem bekannten Satz aus Kresslath:

Wir sind die Kraft, Wir hämmern jung, das alte, morsche Ding, den Staat, Die wir von Gottes Forno sind Bis jetzt das Proletariat.

(Lebhafte Beifall bei der U. S. P.)

Abg. Reinath (Dem.): Notwendig ist vor allem die Vermeh- rung der Erzeugnisse, die Verringerung der Zwischenspeisen unserer Wirtschaft und die Verbesserung der Verkehrsangelegenheiten. (Sehr gut!) Die Sozialisierung ist abzulehnen, denn sie wird keine Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Förderung zur Folge haben. Für weitere Kommunalisierung sind wir nicht zu haben. Die Aufsichtskontrolle, ebenso wie die Einschrän- kung der Einfuhr ist ein wesentliches Hindernis für günstige Handelsverträge. (Sehr richtig! bei der U. S. P.)

Reichswirtschaftsminister Schaaf: Mit den Herren Dr. Hugo und Reinath sehe auch ich in der Befreiung der Wirtschaft von allem Zwange das Ideal. (Beifall.) Als Ersatz der aufzulösenden Sozialisierungskommissionen kann vielleicht ein Ausschuss des Reichs- wirtschaftsministers geschaffen werden. Redner wendet sich dann gegen die Ausführungen des Abg. Jaekel, der wenig von Wirtschaft, aber viel von Politik gesprochen habe. Da die von mir geleitete über die Kohlenverträge der Pariser Gasanstalten mitgeteilten Zahlen unüberprüfbar von dem französischen Arbeitsminister aufgestellt wurden, verheißt ich es nicht, wie ein Mitglied dieses deutschen Reichstages französischer sein will als ein französischer Arbeiter- wirtler. (Lärm links, Beifall rechts.)



# Internationaler Gewerkschafts-Kongress

## Valutafragen und Sozialisierung

(Eigener Bericht der „Freiheit“)

London, 26. November 1920. \*)

Der heutige Tag war der ertragreichste und bedeutendste des ganzen Kongresses und zeigte in seinem Beschluß der Aufnahme des unmittelbaren Kampfes für die Sozialisierung in allen Ländern einen ganz bedeutenden Schritt vorwärts. Dieses klare Bekenntnis, die Übernahme der Verpflichtung zum Kampf für den Sozialismus war bereits die praktische Umwertung des wiederholt befundenen neuen Geistes, der auch in der Gewerkschaftsbewegung aller Länder seinen Einzug nimmt. Mit dieser Forderung beginnt bereits die Verbindung des gewerkschaftlichen mit dem politischen Kampf, die Erkenntnis von der neuen Phase, in die die Geschichte der Gewerkschaften eingetreten.

Damit hatte die Tagung ihren Höhepunkt erreicht. Und sehr richtig wurde in der kurzen Diskussion durch D i h m a n n hervorgehoben, daß es nicht nur gälte, hier auf dem Kongress das Bekenntnis abzulegen, sondern alle müßten auch sich klar dessen bewußt sein, daß der Beginn des Kampfes um die Sozialisierung zugleich auch sein werde der beginnende große Entscheidungskampf zwischen Kapital und Arbeit, ein Kampf indessen, in dem es gälte, alle auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Kräfte, auch solche, die heute noch der Gewerkschaftsinternationale ferngeblieben sind, um ihr Banner im aktiven Kampfe zu scharen.

### Verhandlungsbericht

Jouhaux (Frankreich) gibt den Bericht der für die Valutafrage eingesetzten Kommission. Diese letztere habe sich von zwei Gesichtspunkten leiten lassen:

1. Klarlegung der prinzipiellen Stellung;
2. Feststellung der sofort möglichen Maßnahmen.

So sehr auch die vorgeschlagene Lösung nicht voll auf befriedigende Weise, doch gälte es ein Heilmittel, das allerdings von den Verhandlungen bisher nicht ergriffen worden ist. Das ist die internationale Anleihe, die eine engere Bekräftigung der Interessen der verschiedenen Nationen und damit eine Umstellung der Denkwelt zur Folge haben müßte. Zur Durchführung dieser Maßnahmen schlägt man deshalb den Völkern vor, weil die Gewerkschaftsinternationale sich nicht als ein finanztechnisches Zentralinstitut konstituieren könne.

### Resolution zur Valutafrage:

In Erwägung, daß die Wirkungen der Valutakrise nicht nur verheerend sind für die vom Kriege betroffenen Länder, sondern auch die am meisten begünstigten Länder stark bedrohen durch die Verfallfälschung des internationalen Austauschverkehrs und die in deren Gefolge entstehende industrielle Krisen, unter denen die Arbeiter leiden,

weist der Internationale Gewerkschaftskongress darauf hin, daß ein solcher Zustand nicht andauern kann ohne den Umlauf der Rohstoffe und Fertigfabrikate, die Nahrungsversorgung der Länder, den Wiederaufbau des durch den Krieg zerstörten zum Stillstand zu bringen,

daß dieser Zustand des Bankrotts, in dem sich tatsächlich viele Länder befinden, begleitet ist von ungewöhnlicher Prosperität der Finanzinstitute, welche die entsetzlichen Folgen des kapitalistischen Systems aufzeigt, daß die Börsenspekulationen, die unerschütterliche Festhaltung der Valuta, die unbegründeten hohen Preise der Lebens- und Gebrauchsmittel beunruhigt und so für die wachsende Hungersnot der Völker verantwortlich ist,

erklärt der Kongress, daß die Lösung der internationalen Finanzprobleme mit der wirtschaftlichen Aktivität und der sozialen Existenz der Völker untrennbar verbunden ist,

empfiehlt der Kongress die allgemeine Annulierung der internationalen Schulden, die aus dem Kriege resultieren, als eines radikalsten Mittel, die anzuwenden sind, um fortan den Wirkungen der Valutakrise entgegenzuwirken;

Unter letzter Bericht war vom 23. November dattiert, die Berichte vom 24. und 25. sind bis zur Stunde noch nicht eingegangen.

nationale, und überall wo dies möglich ist, internationale Maßnahmen sollten ergriffen werden, um die maßlosen Exmissionen zu verhindern und einen normalen Geldumlauf einzuführen; die hierzu erforderlichen Mittel wären durch Unterbrechung unnützer Ausgaben, besonders für militärische Zwecke, zu beschaffen, wie auch durch beträchtliche Vermögenssteuern.

Der Kongress legt jedoch das Hauptgewicht auf internationale Maßnahmen, ohne die die Versuche der einzelnen Länder vergeblich bleiben müssen und ohne welche auch die größte Zahl der Nationen selbst nicht zu wirken vermögen. Diese internationalen Maßnahmen müssen weitergehen als die Neuerrichtung von Handkrediten. Sie können nur durchgeführt werden, indem dem Völkern oder einer diesem unterstehenden Organisation die Ausgabe einer internationalen Anleihe, sichergestellt durch die weltlichen Reichtümer und Hilfsquellen aller Völker ohne Ausnahme, übertragen wird. Ihr Ertrag würde unter der Kontrolle des Völkern den verschiedenen Ländern zugeteilt werden, entsprechend ihren Bedürfnissen, um zur Bedienung ihrer Finanzlage und zum Zwecke ihres Wiederaufbaus und der Belebung ihrer Produktion, unter Ausschluß jeder anderen Ausgabe, verwendet zu werden. Der Kongress betont besonders, daß diese Maßnahmen keineswegs militärischen Zwecken dienen müssen, damit alle Anstrengungen der Völker auf den allgemeinen Frieden hingelenkt seien.

Der Kongress erklärt, daß diese Maßnahmen, deren Verwirklichung sich auf eine gewisse Frist vertellen wird, nicht unabhängig von den übrigen Forderungen der Arbeiter-Internationale betreffs der Produktion, der Verteilung der Rohstoffe und die Kontrolle des Transportwesens, erfolgen dürfen. Sie müssen ebenso wie diese letzteren, zur einer Solidarisierung aller Völker für den Wiederaufbau der Welt durch die Arbeit führen.

Solau (Belgien) wünscht Klärung, ob in der Resolution auch die Tilgung der Wiedergutmachung einbegriffen sein soll.

Buozzi (Italien) legt Wert darauf auszusprechen, daß die Italiener keineswegs hierbei gekommen seien, um systematisch Opposition zu treiben. Die Italiener wünschen, daß nicht nur die Kriegsschulden, sondern auch alle die Forderungen getilgt werden, die die Sieger den Besiegten gegenüber haben. Doch machen sie in der Valutafrage gegenüber der Resolution deswegen Vorbehalte, weil es unmöglich sei, die Spekulation abzuweisen, die den Lebensnerv der kapitalistischen Gesellschaft bilde. Auch eine Ausgleitung der Valuta in den verschiedenen Ländern könne eine Verteuerung der Rohstoffe zur Folge haben, wie das Beispiel Englands beweise, wo die Inlands- von den Auslandspreisen vollkommen abwichen.

Hierauf erwidert Jouhaux, daß die Italiener auf alles dieselbe Antwort gäben: Unmöglich, irgend etwas zu tun. Das sei die Theorie, nach der der Sozialismus nur aus dem tiefsten Elend heraus werden könne. Die Tatsachen zeigen aber, daß die Bourgeoisie noch über genügend Geld wie Produktionsmittel verfüge, um sie zum Schaden der Arbeiterklasse anzuwenden und nicht daran denke, sich selbst umzubringen. Überall sehen wir große Zurückhaltung der Waren, weil die Börsen ihre Hand darauf balt. Hiergegen müsse man sich wenden! Es genüge, den Kredit für alle Transaktionen zu sperren, die nicht einen direkten Kauf oder Verkauf darstellen. Der Vorschlag der Italiener zur Einberufung einer Wirtschaftskonferenz sei utopisch und ohne praktische Bedeutung, würde er jedoch durchgeführt, dann müsse man ja wiederum die kapitalistischen Regierungen auffordern zur Teilnahme. Daraus würde nur größere Konfusion entstehen und die Kräfte zerplittert.

In der darauf folgenden Abstimmung wird der von den Belgiern beanstandete Absatz 5 gegen die Stimmen der Belgier und Kanadas und darauf die ganze Resolution gegen die Stimmen von Kanada, Italien und Norwegen angenommen. England enthielt sich der Abstimmung.

Dudegeest gibt sodann den Bericht der Kommission über die Frage der Sozialisation unter Verweisung auf den schriftlichen Bericht. Aus psychischen, wirtschaftlichen und politischen Gründen werde der Sozialismus von den Arbeitern gefordert. Die Kapitalisten haben sich als unfähig erwiesen, die Produktion zu erhöhen. Nur soweit eine Erhöhung des Profits damit verbunden, nehmen sie die Produktionssteigerung vor. Er erhärtet dies mit einer Reihe von Beispielen. U. a. befinden sich z. B. 10 Prozent der Rauschproduktion in den Händen der holländischen Regierung. Diese habe trotz des Mangels beschlossen, die Produktion einzuschränken. Zentraluropa sterbe vor Hunger, es mangelte an Fett und die notwendigen Nahrungsmittel. Trotzdem habe man, als in England außerordentliche Mengen Heringe gefangen wurden, eine große Menge wieder ins Meer geworfen, und Deutschland habe 14 Tage lang nicht geistert, alles nur, um die Preise hochzuhalten. Darum müsse die Sozialisierung verlangt und die Herstellung auf den notwendigsten Bedarf, unter einseitiger Zurückstellung der Luxusindustrie gerichtet werden. Angesichts der

ganzen Weltwirtschaft sei festzustellen: Wenn nicht innerhalb relativ kurzer Zeit die Sozialisierung in Angriff genommen werde, wird der Kapitalismus wieder siegen und für die nächste Generation Trümpf bleiben. Auf der gesamten Arbeiterschaft lasse die große Verantwortung, mit ganzer Kraft den einmütigen Willen für diese Umstellung der Wirtschaft zu bestätigen.

### Resolution zur Sozialisierung der Produktionsmittel.

„Der am 22. November und den folgenden Tagen in London versammelte Internationale Gewerkschaftskongress verurteilt die kapitalistische Produktionsweise, die die Allgemeinheit schädigt und nur Einzelpersonen Vorteile bringt.“

Mit Rücksicht auf die große Teuerung, die die materielle Lage der Arbeiterschaft noch weiter herabdrückt und andererseits auf die außergewöhnlichen Gewinne der großkapitalistischen Unternehmen,

in weiterer Berücksichtigung des in fast allen Ländern herrschenden Mangels an den notwendigsten Bedarfsartikeln, dem gegenüber die kapitalistischen Unternehmen absichtlich die Produktion einschränken, um durch erhöhte Preise ihre Uebergewinne einzuhelmeln, erklärt der Kongress,

daß die Arbeiter nicht gewillt sind, für die Interessen und die Erhöhung des Reichtums und der Macht einer kleinen Kapitalistenklasse zu produzieren.

Der Kongress weist darauf hin, daß dieser Zustand die Arbeiter aufs engste bedrückt und ihnen das Recht wie die Pflicht auferlegt, sich darüber Klar zu werden, daß eine möglichst große Menge der Bedarfsgegenstände der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden muß.

Daß diese unerläßliche Produktionssteigerung jedoch nur in einem neuen Produktions- und Wirtschaftssystem verwirklicht werden kann, in dem die Arbeit der Schaffenden auch direkt den Interessen der Gesamtheit dienlich gemacht wird, der Unternehmerprofit aufhört und die Kapitalisten nicht mehr die Macht haben, diesen Bestrebungen zum Nutzen ihrer egoistischen Interessen zu hemmen.

Diese Besserung der materiellen und moralischen Lebenslage der Arbeiterklasse ist nur möglich, wenn dieses neue System verwirklicht ist.

Der Kongress fordert daher im Interesse der Gesamtheit die Sozialisierung des Grund und Bodens und der Produktionsmittel. Er hält es für erforderlich, daß sofort die Sozialisierung der Bodenschätze (Kohle, Erze, Salze, Phosphate usw.) und aller Transportmittel, wie überhaupt all derjenigen Produktionsmittel begonnen wird, deren Sozialisierung dem Proletariat des betreffenden Landes durchführbar erscheint.

Diese Umstellung darf jedoch nicht in der Weise vorgenommen werden, daß dem kapitalistischen Staat die Kontrolle dieser Industrien übertragen wird, sondern in aktiver Beteiligung der Gesamtheit an der Kontrolle durch die Gewerkschaftsorganisationen und ihre Beauftragten.

Der Kongress fordert außerdem, daß für die noch nicht sozialisierten Industriezweige diese Umstellung vorbereitet und betrieben werden muß durch das Mitbestimmungs- und Kontrollrecht, das den organisierten Arbeitern im Unternehmen zu sichern ist.

Der Kongress fordert die Arbeiter der ganzen Welt auf, ihre ganze wirtschaftliche und politische Macht im Einvernehmen mit den tätigen Genossen ihrer verschiedenen Organisationen zur Erreichung dieses Zieles einzusetzen.

Er beauftragt das Bureau der Gewerkschaftsinternationale, sich mit den internationalen Berufssekretariaten der Lehrgewerkschaften, Seeleute und übrigen Transportarbeiter in Verbindung zu setzen, um das erstrebte Ziel mit allen zu Gebote stehenden Mitteln sobald als möglich zu erreichen.“

Dihmann (Deutschland) begrüßt die Resolution aus zwei Gründen: zunächst sei der Sozialismus das Kernproblem des proletarischen Kampfes überhaupt. Dann aber bestünde die Hoffnung, durch die Aufstellung dieser Frage und durch den Beschluß die Sammelparole für das gesamte revolutionäre Proletariat zu geben. Die Sozialisierung sei im Gegensatz zu den bisher behandelten Fragen wie die der Valuta usw. eine solche, die lediglich durch den eigenen Kampf der Arbeiter zu lösen sei. Dem Völkern müsse der proletarische Weltbund entgegengestellt werden. Es gelte, nicht nur den Beschluß zu fassen, sondern auch im aktiven Kampfe dafür einzutreten.

Die Resolution über die Sozialisierung wird hierauf einstimmig angenommen.

# Hunger

Roman von Knut Hamsun.

„Nicht“, entgegnete das Weib, „wirklich nicht?“ Aber ich merkte wohl, daß sie mir nicht glaubte. Und plötzlich schien ein Hauch von Geringschätzung für mich in ihrer Rede zu liegen, ein gleichgültiger Ton, den ich bis dahin nicht an ihr bemerkt hatte. Sie sagte, ich sei vielleicht nicht daran gewöhnt, mit Sechzehntel zu rechnen; sie sagte auch, daß sie sich an jemand wenden müsse, der sich darauf verstehe, um die Rechnung ordentlich prüfen zu lassen. Das alles sagte sie durchaus nicht verlegend, um mich zu beschämen, sondern nachdenklich und ernst. Als sie bis an die Tür gekommen war und gehen wollte, sagte sie, ohne sich umzusehen:

„Entschuldigen Sie, daß ich Sie belästigt habe!“ Gleich darauf ging die Tür wieder auf, und meine Wirtin trat abermals ein; sie konnte nicht weiter als bis auf den Flur gekommen sein, als sie schon wieder umschreite.

„Sie hab's vergesse — Sie dürfen es nicht übernehmen, aber ich habe wohl noch was bei Ihnen zugute?“ sagte sie. „Sind Sie nicht gestern vor drei Wochen gekommen? Ja, ich meine, das wäre so. Es ist nicht leicht, sich mit solch einer großen Familie durchzuschlagen, und darum kann ich hier niemand auf Kredit wohnen lassen, leider...“

„Ich unterbrach sie. „Ich arbeite hier an einem Artikel, von dem ich Ihnen schon früher gesprochen habe“, sagte ich, „und sobald der fertig ist, sollen Sie Ihr Geld haben. Sie können ganz ruhig sein.“

„Ja, aber der Artikel wird man nie fertig.“

„Glauben Sie? Der Geist kommt aber möglicherweise morgen über mich, oder vielleicht schon über Nacht; es ist gar nicht unmöglich, daß er über Nacht über mich kommt, und dann ist mein Artikel in höchstens einer Viertelstunde fertig. Sehen Sie mal, mit meiner Arbeit geht es nicht so wie mit anderer Leute Arbeit; ich kann mich nicht hinsetzen und eine gewisse Menge am Tage arbeiten; ich muß auf den Augenblick warten. Und niemand kann Tag und Stunde wissen, wenn der Geist über einen kommt; das muß seinen Gang gehen.“

Keine Wirtin ging. Aber ihr Vertrauen zu mir war gewiß sehr erschüttert.

Ich sprang auf und raufte mir vor Verzweiflung das Haar, als ich wieder allein war. Nein, für mich gab es trotz alledem keine Rettung, keine, keine Rettung! Mein Hirn

war bankrott! War ich denn schon ganz und gar Idiot, daß ich nicht mehr den Wert eines kleinen Stücks Kräuterkäse berechnen konnte? Hatte ich meinen Verstand verloren, wenn ich mir solche Fragen stellte? Hatte ich denn nicht inmitten all meiner Anstrengungen mit der Rechnung die schonklare Beobachtung gemacht, daß meine Wirtin schwanger war? Ich hatte keine Gelegenheit gehabt, das zu erfahren, niemand hatte es mir erzählt, es fiel mir auch nicht willkürlich ein, ich hatte es mit eigenen Augen gesehen und es sofort begriffen, obendrein noch in dem verzweifeltsten Augenblick, wo ich dasah und mit Sechzehnteln rechnete. Wie sollte ich mir das erklären?

Ich trat ans Fenster und blickte hinaus; es ging auf die Bognmandsgade. Unten auf dem Straßensplaner spielten ein paar Kinder, armselig gekleidete Kinder in der armen Gasse; sie warfen eine leere Flasche zwischen sich hin und her und brüllten laut dazu. Ein Wagen mit Hausgerät rollte langsam an ihnen vorüber; es mußte eine ermittelte Familie sein, die ihr Obdach außerhalb der Umzugszeit wechselte. Das fiel mir augenblicklich ein. Auf dem Wagen lagen Betten und Möbel, wurmfressene Bettstellen und Kommoden, rotgemalte Stühle mit drei Beinen, Matten, Eisengerüst und Blechgeschirr. Ein kleines Mädchen, noch ein Kind, ein recht häßliches Geschöpf mit erstorbenen Nase sah oben auf der Fuhre und hielt sich mit den armen kleinen, blauen Händchen fest, um nicht herunter zu fallen. Sie sah auf einem Haufen fürchterlicher, nasser Matratzen, auf denen Kinder geschlafen hatten, und blickte auf die Kleinen herab, die sich mit der Flasche warfen...

Alles dies sah ich und verstand mühselos alles, was voring. Während ich dort am Fenster stand und beobachtete, hörte ich auch die Magd meiner Wirtin nebenan in der Küche singen; ich kannte die Melodie, die sie sang; deshalb horchte ich, ob sie falsch singe. Und dann sagte ich mir, daß ein Idiot dies alles nicht könne; ich war Gott sei Dank ebenso vernünftig wie jeder andere Mensch.

Plötzlich sah ich, wie zwei von den Kindern auf der Straße sich zankten, zwei kleine Anaben; den einen kannte ich, er gehörte meiner Wirtin. Ich öffnete das Fenster, um zu hören, was sie einander sagen, und sofort schwärmte ein Haufen Kinder unter meinem Fenster zusammen und blickte verlangend hinauf. Auf was warteten sie? Daß man irgend etwas hinauswarf? Retrokure Blumen, Anoden, Zigarettenstümple oder sonst etwas, was sie benagen oder womit sie sich amüsieren konnten? Mit blaugefrostenen Gesichtern und unendlich langem Blick sahen sie hinauf nach

meinem Fenster. Inzwischen fahren die beiden kleinen Feinde fort, sich zu bekämpfen. Worte wie große, feuchte Angeheuer wurbelten aus diesen Rindermündern, fürchterliche Schimpfworte, Dirsensprache, Matrosensprache, die sie vielleicht unten an den Landungsbrücken gelernt hatten. Und beide sind so beschäftigt damit, daß sie gar nicht bemerken, wie meine Wirtin zu ihnen hinausgelaufen kommt, um zu hören, was eigentlich los ist.

„Ja“, erklärt ihr Sohn, „er hat mich bei der Kehle gepackt, daß mir der Atem ausgegangen ist!“ Damit dreht er sich nach dem kleinen Uebelthäter um, der ihn hochhaft angrinst, und ruft rasend vor Wut: „Scher dich zur Hölle, du falsches Rindvieh du! Solch ein Lausbub' packt die Leute bei der Kehle! Hol mich der Teufel, wenn ich dich nicht...“

Und die Mutter, dies schwangere Weib, das beinahe die ganze enge Gasse ausfüllt, nimmt das zehnjährige Kind beim Arm und will es mithaben und sagt: „Sah! Halt deinen Schnabel! Ich meine, du fannst ordentlich fluchen! Du brauchst dein Maulwerk, wie wenn du jahraus jahrein in der Spelunke wärst! Marsch hinein mit dir!“

„Nein, das tu' ich nicht!“

„Doch — du mußt!“

„Nein, ich tu' es nicht!“

Ich stehe oben am Fenster und sehe, wie die Mutter immer wütender wird; diese widerliche Szene regt mich gewaltig auf, ich kann es nicht mehr aushalten und rufe dem Jungen zu, daß er einen Augenblick zu mir heraufkommen soll. Ich rufe zweimal, nur um sie zu hören, dem Aufritt ein Ende zu machen, das letzte Mal rufe ich sehr laut, und die Mutter wendet sich verblüfft um und sieht zu mir herauf. Und augenblicklich gewinnt sie ihre Fassung wieder, blickt mich frech an, so recht überlegen blickt sie mich an und zieht sich dann mit einer vorwurfsvollen Bemerkung gegen ihren Sohn zurück. Sie spricht so laut, daß ich es hören kann, und sagt zu ihm:

„Fu! Schäm dich — die Leute sehen zu lassen, wie schlimm du bist!“

Von allem, was ich auf diese Weise beobachtete, ging mir auch nicht der kleinste Nebenstand verloren. Meine Aufmerksamkeit war äußerst wach, ich atmete sorgsam jede Kleinigkeit ein und stand und machte mir Gedanken über diese Sachen, je nachdem sie sich zutrugen. Mit meinem Verstand konnte also unmöglich etwas nicht in Ordnung sein. Wie sollte denn auch etwas nicht in Ordnung sein?

(Fortsetzung folgt.)

